

Fair Trade bei öffentlichen Beschaffungen

Kirchliche Entwicklungsorganisationen fordern bessere Handelsbedingungen

«Brot für alle» und «Fastenopfer» wenden sich in ihrer diesjährigen Kampagne gegen den «unfairen Handel». Sie fordern unter anderem, dass die öffentliche Hand bei Beschaffungen soziale Kriterien beachte.

C. W. · Ein Welthandelssystem, das armen Ländern möglichst viele Chancen gibt und sie mit Konkurrenz möglichst wenig überfordert, ist ein alter Wunsch mancher Entwicklungsorganisationen. In der Realität sehen sie eher das Gegenteil: Zollschränken im Norden für Produkte aus dem Süden, in umgekehrter Richtung zumindest indirekt subventionierte Agrarexporte, die in Entwicklungsländern die einheimischen Erzeugnisse vom Markt drängen, und zudem Börsenspekulationen mit Nahrungsmitteln, wovon die Kleinproduzenten kaum profitieren.

Welthandelssystem und Alltag

Ein Pokerspiel mit ungleichen Gewinnen ist nun das Bildsujet, mit dem das katholische «Fastenopfer» und die reformierte Organisation «Brot für alle» in dieser Fastenzeit ihre Sensibilisierungs- und Sammelkampagne durchführen. Dabei erheben sie zwei allgemeine Forderungen: Handelsregeln mit Rücksicht auf «die Rechte der Menschen im Süden» und «Ernährungssouveränität» als Möglichkeit, die Nahrungsmittelproduktion gegen «schränkenlosen Freihandel» zu schützen. In primärer Reichweite der Hilfswerke liegen die Stärkung der Produzenten und die Förderung kleinräumiger Handelsnetze. Ein konkreter Ansatz ist zudem der «faire Handel», der durch einen Aufpreis und längerfristige Verträge die sozialen und allenfalls ökologischen Herstellungsbedingungen verbessert und die Konsumenten mit einem Label darüber informiert.

Vom Konsumenten zum Staat

Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH) lancierte vor zwei Jahren eine Kampagne, die Fair-Trade-Regeln auch bei öffentlichen Beschaffungen zum Thema machte. Insbesondere wurde gefordert, dass zum Beispiel für Pflästerungen keine Steine importiert würden, die in Indien oder anderen asiatischen Ländern auch von Kindern abgebaut und bearbeitet worden sind. Ein Leitfaden für die zuständigen Verwaltungsstellen informiert über Handlungsspielräume, internationale arbeitsrechtliche

Standards und die Bedeutung von einschlägigen Labels.

Die Öffentlichkeitsarbeit und etwa hundert politische Vorstösse in Gemeinden und Kantonen (die SP und der Gewerkschaftsbund tragen das SAH) hatten offenbar einige Wirkung. Indirekt gerieten Importeure seitens staatlicher Abnehmer unter Druck, für ihre Steine Zertifikate vorzulegen.

Bereitschaft und Hindernisse

Ein gewisses Bewusstsein für das Problem zeigte sich nun auch in einer Umfrage der beiden kirchlichen Hilfswerke, auf die 39 kantonale und kommunale Stellen antworteten. Die Mehrheit der Kantone erklärt, bei Beschaffungen soziale Kriterien zu beachten. Dabei handelt es sich in erster Linie um eher Naheliegendes wie die Einhaltung von Gesamtarbeitsverträgen. Teilweise sind aber auch entwicklungspolitische Anforderungen im Blickfeld. Ökologische Gesichtspunkte sollen bereits fester etabliert sein. So beschränkt sich der Kanton Bern auf Holz mit FSC-Label.

Hervorgehoben werden die Bestrebungen des Kantons Zürich, nicht zuletzt bezüglich Transparenz und interner Schulung. Eine konkrete Möglichkeit ist die Verwendung von Fair-Trade-Kaffee und -Saft in Mensen und Spitälern. In Frage kommen auch Berufskleider. Da oder dort wird gewünscht, mehr Baumaterialien «fair» beschaffen zu können. Andere Stellen befürchten eine Verteuerung und eine Komplizierung des Einkaufs. In der Praxis wird meist auf die Selbstdeklaration der Lieferanten abgestellt, während Hilfswerke und Konsumentenschutz Kontrollen für nötig halten, wenn ein Gütesiegel fehlt.